

Die Mehrzahl der CDU/CSU-Abgeordneten wollte die von ihrem Kollegen Nellen vorgeschlagene Fassung, die wörtlich dem Vorschlag der Evangelischen Kirche entsprach, jedoch nicht anerkennen. So nahm sich dieser Frage, die von beiden Kirchen für so außerordentlich wichtig gehalten wurde, nicht die Partei mit der christlichen Kennzeichnung im Namen, sondern die SPD an, vereint mit dem konsequenten Katholiken Nellen.

Peter Nellen hatte mit seinem Abänderungsantrag jedoch kein Glück. Seine neuen Verbündeten waren zu schwach. Es schlugen sich zwar bei der Abstimmung über Nellens Antrag etliche enragierte Protestanten aus den Reihen der CDU/CSU-Fraktion auf Nellens Seite. So Bundestagspräsident Gerstenmaier, der seine Synodal-Kollegen so reserviert empfangen hatte, Oberkirchenrat Cillien, die Oberkirchenrätin Dr. Schwarzhaupt und der protestantische Pfarrer Gontrum, der sich noch in der Debatte nachdrücklich für den Regierungsentwurf eingesetzt hatte.

Auch die Oppositionsparteien stimmten überwiegend mit dem Abgeordneten Nellen. Die DP muß Sorge tragen, daß ihr Ruf, der treueste der treuen Koalitionspartner zu sein, nicht in Gefahr gerät. Auch sie stimmte beim Antrag Nellen unterschiedlich. Gefahr, daß ihr der Rang abgelaufen wird, drohte von der neuen FVP. Sie stimmte geschlossen — als einzige Fraktion des Bundestages — für die Regierungsvorlage und gegen Nellens Antrag.

Dem Peter Nellen schien die Ablehnung seines Antrages so gravierend, daß er nicht mehr glaubte, dem Wehrpflichtgesetz als Ganzem mit gutem Gewissen seine Zustimmung geben zu können. Er enthielt sich bei der Schlußabstimmung als einziger CDU-Abgeordneter der Stimme.

WAHRUNG

Die Mark ist zu billig

Der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums hat in der vorletzten Woche dem Minister Ludwig Erhard empfohlen, für die Bundesrepublik eine neue Währungsreform in die Wege zu leiten.

Anders als bei der Währungsreform von 1948, in der die damals geltende Mark entwertet wurde, soll jetzt die Mark nach dem Willen des Beirats gegenüber den Auslandswährungen aufgewertet werden — ein in der deutschen Finanzgeschichte ungewöhnlicher Vorgang.

Die Schwierigkeiten, die dem Beirat diese Manipulation angezeigt erscheinen lassen, sind nämlich gänzlich anderer Art als jene, die zur Währungsreform von 1948 führten: Ein ständig anschwellender Strom deutscher Exportgüter fließt heute Tag für Tag ins Ausland. Die ausländischen Käufer bezahlen diese mit Devisen; die Devisen werden von der Bank deutscher Länder vereinnahmt; die deutschen Produzenten erhalten dann den Gegenwert dieser Devisen in Deutscher Mark.

Für die Devisen, die bei der Bank liegen, kann nun von deutschen Importeuren Ware im Ausland eingekauft werden. Aber die Einfuhren bleiben immer weiter hinter den Ausfuhren zurück. Die Bank deutscher Länder bleibt auf ihren Devisen gewissermaßen sitzen; in der vergangenen Woche gab sie bekannt, daß sie für 15 Milliarden Mark Devisen liegen habe, 4,6 Milliarden davon in purem Gold.

Dieses Verhältnis zwischen Ausfuhr und Einfuhr, das zur Bildung solcher „unfreiwilliger Devisenüberschüsse“ führte, ist

das Ergebnis der harten Steuer- und Währungspolitik, mit der die Bundesrepublik ihre Finanzen besser in Ordnung gehalten hat als ihre Handelspartner.

So beunruhigend einige Preissteigerungen auf die westdeutsche Öffentlichkeit gewirkt haben, sie sind nicht annähernd so groß wie die Preiserhöhungen in anderen Ländern. Während zum Beispiel in fünfzehn Staaten der Erde von 1946 bis 1956 durch die Teuerung die Kaufkraft des Geldes mehr als halbiert worden ist, hat die Mark einen weit geringeren Kaufkraftverlust erlitten (siehe Graphik S. 12). Auf der vom Binnenhandel getrennten Ebene des Weltmarktes rangiert die Mark mit dem Dollar und dem Schweizer Franken des-

Die Professoren des Wissenschaftlichen Beirats haben deshalb dem Bundeswirtschaftsminister in ihrem Memorandum empfohlen:

Gerat die Volkswirtschaft in eine Situation, in der sich bei eigener Vollbeschäftigung fortgesetzt „unfreiwillige Devisenüberschüsse“ ansammeln, so wäre dieses fundamentale Ungleichgewicht ihrer außenwirtschaftlichen Verflechtung durch eine Aufwertung ihrer Währung zu korrigieren, falls es nicht ausnahmsweise als das kleinere Übel anzusehen ist, das Inlandspreisniveau steigen zu lassen.

Mit anderen Worten: Um die Einfuhren zu erleichtern und den Export zu drosseln, damit wieder ein gewisses Gleichgewicht zwischen beiden hergestellt wird, könnte man entweder

- ▷ den Wechselkurs verändern, der zwischen Mark und Dollar besteht (zur Zeit: 100 Dollar = 420 Mark). Würde die Mark um 10 Prozent aufgewertet, so würde ein deutsches Erzeugnis, das im Inland für 420 Mark angeboten wird, auf dem Weltmarkt nicht mehr 100 Dollar, sondern 110 Dollar kosten. Umgekehrt würde Ware im Weltmarktwert von 100 Dollar statt bisher 420 nur noch 380 Mark kosten.

Der andere Weg wäre,

- ▷ einfach die Inlandspreise zu erhöhen und den Wechselkurs zu belassen. Dann würden die Preise für die Exportwaren auf dem Weltmarkt steigen, die Einfuhr käme jedoch zu den alten Preisen herein.

Gerüchte darüber, daß der erste Weg (also die Aufwertung) beschritten werde, um den westdeutschen Außenhandel wieder ins Gleichgewicht zu bringen, haben die Lage in der letzten Zeit nur noch verschlechtert. Denn jeder ausländische Kaufmann war bestrebt,

schnell noch deutsche Ware einzulagern, ehe die Mark im internationalen Verkehr mehr wert sein würde. Importeure der Bundesrepublik dagegen zögerten ihre Einkäufe im Ausland hinaus, weil sie hofften, nach einer Mark-Aufwertung niedrigere Preise für Importwaren zahlen zu können.

So erreichte die Bundesrepublik in der Europäischen Zahlungsunion (EZU) im Monat Mai 1956 mit 362 Millionen Mark die höchste Überschussposition, die je in der Geschichte der Zahlungsunion gemessen wurde.

Der anfängliche Stolz auf derartige Rekordergebnisse ist bei der Bundesregierung mittlerweile ernstern Besorgnissen gewichen. Denn mit dem Exportsog treibt die westdeutsche Wirtschaftspolitik auf die zentrale Frage zu, ob ein Land inmitten inflationistisch regierter anderer Volkswirtschaften als einziges seine Preise relativ stabil halten kann oder ob die Sogwirkung dies auf die Dauer unmöglich macht.

Im Europäischen Wirtschaftsrat, in dem die monatlichen Aktivsaldo der Preisinsel



Besuch um Mitternacht: „Entschuldigen S', Herr Präsident, hätten Sie für einen armen Finanzminister net a bisserl a guate Idee?“

halb nach wie vor als härteste Währung an der Spitze.

Je mehr die deutschen Preise hinter den schneller steigenden Preisen im Ausland zurückblieben, desto begehrt wurden dort deutsche Waren. Denn der Wechselkurs zwischen der harten Mark und den weicher werdenden ausländischen Währungen war gleichgeblieben, und so lagen die deutschen Exportpreise sehr bald unter den Preisen des Auslandes. Ein preisstabiles deutsches Erzeugnis, das vor Jahren für 1000 Francs an Frankreich verkauft wurde, wird auch heute noch für 1000 Francs verkauft, obgleich der Franc inzwischen im innerfranzösischen Verkehr an Kaufkraft verloren hat.

Neben der traditionellen Qualität deutscher Erzeugnisse war es deshalb dieses Preisgefälle, das Westdeutschlands Ausfuhrziffern in die Höhe trieb. Die von Teuerung umgebenen ausländischen Kaufleute drängten auf den deutschen Markt, um billig Ware einzukaufen. Andererseits war es für ausländische Lieferanten viel schwieriger geworden, ihre teurer gewordene Ware in der Bundesrepublik abzusetzen.

Westdeutschland argwöhnisch registriert werden, murren bereits einige Mitgliedstaaten über die westdeutschen Export-Aktivisten. Mehr oder weniger deutlich wird zu verstehen gegeben, eine leicht inflationistische Währungspolitik könne auch Westdeutschland vertragen. Londons „Financial Times“ mokierte sich offen über die „pathologische Empfindlichkeit“ der Deutschen hinsichtlich der Mark und empfahl zur Beseitigung des chronischen Aktivsaldo: „Der leichteste Weg wäre es doch, die deutschen Fertigwarenpreise bis auf das internationale Preisniveau anzuheben zu lassen.“

Bundesregierung und Notenbank zeigen jedoch keine Neigung, auf diese Art die Inflation nach Westdeutschland zu importieren. Andererseits erwachsen aber auch für die Binnenwirtschaft durch die chronischen Devisenüberschüsse dringliche Probleme, die zur Lösung drängen, nachdem auch der Juni-Bericht der Bank deutscher Länder von einem „ungewöhnlich starken Geld- und Devisenzugang“ berichtet, mit dem „ein entsprechend großer Liquiditätszufluß zum Bankenapparat verbunden war“.

Für den Geldumlauf der Bundesrepublik hat der chronische Devisenüberschuß eine fatale Kehrseite. Den Außenhandelsüberschüssen in den Händen der Exporteure steht nicht genug Einfuhrware gegenüber. Je größer diese ungenutzten Devisen-Bestände werden, desto mehr nicht durch Ware gedeckte Kaufkraft entsteht mithin und treibt die Nachfrage und die Preise in die Höhe.

Die 15 Milliarden Mark Devisen wirken also verflüssigend auf den Geldmarkt der Bundesrepublik, weil ihr Gegenwert in deutscher Währung laufend an die Fabrikanten der Exportgüter ausgezahlt wird und so den innerdeutschen Geldumlauf erhöht. Allein seit dem 1. Januar 1956 sind auf diese Weise mehr als eine Milliarde Mark aus Exportüberschüssen in den Geldkreislauf geflossen, den die Bank deutscher Länder durch ihre Diskonterhöhung und ihre sonstige Kreditpolitik einzudämmen bemüht ist, um das Preisniveau zu halten.

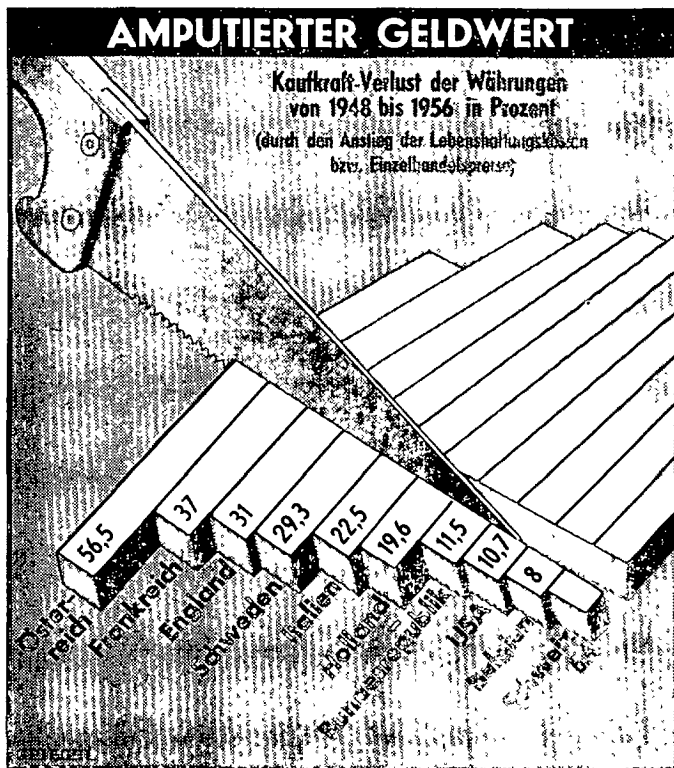
Bisher standen allerdings den Milliardenbeträgen aus dem Devisenumtausch die an anderer Stelle der Bundesrepublik, nämlich im „Julisturm“ Finanzminister Schäfers, gehorteten sechs Milliarden Mark ausgleichend gegenüber: Während Geld aus Exportüberschüssen in den Umlauf gebracht wurde, lag dafür anderes Geld fest.

Nachdem aber jetzt mit der beginnenden Rüstung und schon für die Deckung des neuen Bundeshaushalts Schäfers eingefrorene Milliarden allmählich auftauen, beginnt das mühsam gehaltene Gleichgewicht zu wanken. Da andererseits die Handelspartner Westdeutschlands dagegen aufzumucken beginnen, daß sie im Rahmen der EZU ständig Gold und Devisen an Westdeutschland zahlen müssen, weil sie aus der Bundesrepublik mehr

einzuführen als dorthin ausführen, ist das Problem der Devisenüberschüsse im Bonner Konjunkturgespräch schnell nach vorn gerückt.

Industrie und Außenhandel warnten, das Problem durch Änderung des Wechselkurses, also eine Aufwertung, zu lösen: Dann werde durch die Verteuerung der Exportgüter der Export abgewürgt, und mühsam errungene Positionen auf dem Weltmarkt gingen verloren.

Widerstand gegen eine Aufwertung erhob sich auch aus einem anderen Grunde. Die Öffentlichkeit werde annehmen müssen, so erklärten Kritiker, daß eine Regierung, die den Außenwert der Mark heraufsetze, unter anderen Umständen ebenso schnell bei der Hand sein werde, eine Abwertung herbeizuführen. Da die Wechselkurs sowie manipulierte Größen seien,



sei es besser, an den geltenden Paritäten festzuhalten und ein Angleichen an die internationalen Preise, also einen innerdeutschen Preisanstieg, in Kauf zu nehmen.

Andere Experten gaben dagegen zu bedenken, ein solches Ansteigen der innerdeutschen Preise auf das internationale Niveau werde von den durch zwei Inflationen geprägten Deutschen nicht so gleichmütig hingenommen werden, wie man etwa in Frankreich und England den Kaufkraftschwund der Landeswährung hinnehme.

Nachdem die letzte Korrektur der Wechselkurse im Jahre 1949 — ausgelöst durch die Abwertung des britischen Pfundes — beträchtliche Unruhe in den internationalen Finanzverkehr gebracht hatte, haben die Bundesregierung und die Bank deutscher Länder bis jetzt eine Aufwertung des Außenkurses der Mark abgelehnt. Einigkeit besteht auch darüber, daß die erforderliche Angleichung nicht durch eine administrative Kürzung des „Export-Beines“, sondern durch ein Verlängern des zurückgebliebenen „Import-Beines“ angestrebt werden soll.

Die neuesten Erleichterungen im Devisenverkehr, wie etwa die Genehmigung zum Erwerb ausländischer Wertpapiere und die Erlaubnis, Goldmünzen aus dem Ausland

einzuführen, sind erste Versuche, den „unfreiwilligen Devisenüberschuß“ abzubauen. Nachdem Minister Erhards Bemühungen, die Einfuhrschleusen durch eine wirksame Zollsenkung aufzustoßen, nur geringen Erfolg hatten, ist außerdem geplant, den Import von Rohstoffen durch bevorzugte Kredite, durch erhöhte steuerliche Abschreibung und durch niedrige Zinsen für Importwechsel für Handel und Industrie attraktiv zu machen.

Den detailliertesten Vorschlag zum Abbau der Devisenüberschüsse steuerte der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht vor kurzem in einer Rede vor der Essener Arbeitsgemeinschaft junger Unternehmer bei. Schacht wandte sich energisch gegen eine Aufwertung: „Wann wird man endlich einsehen lernen, daß durch Veränderung der Metereinheit auf 80 oder 120 statt 100 Zentimeter die Stoffmenge sich nicht vermindert, die man zu einem Anzug braucht?“

Schacht schlägt vor, der Bundesfinanzminister solle mit den Milliarden aus seinem „Julisturm“ einen Teil der brachliegenden Devisen von der Bank deutscher Länder erwerben, um diese Devisen auf verschiedene Weise nutzbringend einzusetzen:

- ▷ zum Rückkauf deutscher Auslandsanleihen, die von der Bundesregierung nach dem Londoner Schuldenabkommen kostspielig verzinst und getilgt werden müssen*,
- ▷ für Kredite an deutsche Firmen, die preisgünstig Rohstoffe importieren wollen und dadurch auf dem Binnenmarkt preisdrückend wirken würden,
- ▷ für langfristige Finanzierung des Exports von Industrieanlagen, um Westdeutschlands Exportchancen für eine Zukunft zu sichern, in der vielleicht Amerika seine Rüstungsindustrie abbaut und den Export-Konkurrenzkampf forciert,
- ▷ zum Aufbau von Fabriken im Ausland auf deutsche Rechnung, was der deutschen Zahlungsbilanz wieder wie vor dem ersten Weltkrieg Erträge aus Auslandsinvestitionen sichern würde.

Im Bundeswirtschaftsministerium ist das Problem der Exportüberschüsse noch nicht ausdiskutiert. Fachleute in Bonn vertreten die Ansicht, daß es — da die Mehrzahl der ausländischen Handelspartner Westdeutschlands ihr Preisniveau durch eine reichlich laxen Finanzpolitik in die Höhe schießen ließen — nicht ungerechtfertigt sei, jetzt von diesen Ländern straffere Währungsmaßnahmen zu verlangen oder aber eine Korrektur ihrer Wechselkurse durch eine Abwertung zu fordern.

Ein brieflicher Vorschlag Ludwig Erhards an den britischen Schatzkanzler Macmillan, in dieser Woche während der Pariser OEEC-Tagung über die Frage der europäischen Währungsparitäten zu diskutieren, ist jedoch von dem Engländer am Donnerstag letzter Woche kühl abgelehnt worden. Professor Erhard sagte verärgert, niemand könne die Bundesrepublik zwingen, „den Leidensweg der anderen“, das heißt die schleichende Inflation, mitzumachen.

Er empfahl, eine internationale Konferenz einzuberufen, auf der über eine Angleichung der Währungspolitik und über eine etwaige Korrektur der verzerrten Wechselkurse diskutiert werden soll.

* Seit Unterzeichnung des Londoner Abkommens im Jahre 1953 hat die Bundesrepublik 2,4 Milliarden Mark der Auslandsschulden zurückgezahlt. Damit beträgt die Schuldenlast jetzt noch rund 12 Milliarden Mark.